

Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

betreffend Revision der Vereinbarung über die Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz (IPK): Beitritt des Parlaments des Kantons Jura

2022/365

vom 20. September 2022

1. Ausgangslage

Das Parlament des Kantons Jura hat im September 2021 ein Gesuch für den Beitritt zur Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz (IPK) gestellt. Der IPK-Arbeitsausschuss als höchstes Organ dieses Zusammenschlusses von aktuell fünf Kantonsparlamenten (AG, BE, BL, BS und SO) hat in der Folge im Februar 2022 eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Gemeinsam mit einer Vertretung des jurassischen Parlaments sollte sie die Grundlagen für diesen Beitritt ausformulieren, d.h. die interkantonale Vereinbarung¹ entsprechend anpassen. Nach der IPK-internen Genehmigung konnte das Ergebnis dieser Arbeiten den Leitungsgremien der Parlamente der beteiligten Kantone und des Kantons Jura im Juni 2022 mit der Bitte um eine entsprechende Beschlussfassung zugestellt werden.

Kernpunkt der Vorlage ist – nebst der formellen Aufführung des jurassischen Parlaments als neuem Mitglied – eine Sprachenregelung für die Konferenz, die mit dem Beitritt des Kantons Jura zu einem zweisprachigen Gremium wird. Die Revision sieht namentlich eine Simultanübersetzung der Referate und Wortbeiträge an den Jahrestagungen vor, damit alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer vollumfänglich von diesem Anlass profitieren können. Die IPK soll dem jeweils ausrichtenden Kanton darum in einem begrenzten Umfang die entsprechenden Mittel ausrichten, was über die Beiträge der Mitgliedskantone finanziert wird.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) der Geschäftsleitung des Landrats, den dort beigefügten IPK-Bericht und den ebenfalls abrufbaren Text der revidierten Vereinbarung verwiesen. Die Geschäftsleitung, welche die Revision einstimmig befürwortet, hat die Vorlage am 18. August 2022 an die Justiz- und Sicherheitskommission überwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 5. September 2022 beraten, dies in Anwesenheit von Regierungsrätin Kathrin Schweizer und von Angela Weirich, Generalsekretärin der SID. Landratspräsidentin Lucia Mikeler Knaack, Ratssekretär Alex Klee und Landrat Heinz Lerf als Mitglied der erwähnten IPK-internen Arbeitsgruppe haben das Geschäft vorgestellt.

2.2. Eintreten

Die Kommission ist stillschweigend auf die Vorlage eingetreten.

2.3. Detailberatung

Die Vorlage fand in der Kommission eine gute Aufnahme. Die Mehrheit der Votantinnen und Votanten bewertete einen institutionalisierten Austausch mit dem Parlament des Kantons Jura, wie er mit dessen Beitritt zur IPK etabliert werden soll, als positiv und bereichernd. Die Aufnahme des

¹ SGS 131.9

Parlaments des Kantons Jura sei auch sinnvoll, wenn man den gemeinsamen Lebensraum ansehe: Der Kanton Jura sei ein natürlicher Teil der Nordwestschweiz – sein Einbezug in die interparlamentarische Zusammenarbeit sei darum folgerichtig. In diesem Kontext wurde auch darauf hingewiesen, dass ein institutionalisierter Austausch auf der Ebene der Exekutiven im Rahmen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) bereits seit Jahren praktiziert wird. Lob fand auch die pragmatische Sprachenregelung.

Ein Kommissionsmitglied fragte allerdings nach dem Mehrwert der Erweiterung – zumal es bereits heute Gefässe für den Austausch gebe. Dabei wurde auch die Befürchtung artikuliert, dass die Aufnahme des Kantons Jura unter dem Strich zu mehr Sitzungen, mehr Reisetätigkeit und mithin einem erhöhten Aufwand führen werde. Diesem Einwand wurde entgegen gehalten, dass die IPK als Gremium gestrafft werde, indem die jeweils letztjährigen Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten künftig nicht mehr ex officio Mitglied der IPK sein werden.

3. Antrag an den Landrat

://: Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat mit 9:0 Stimmen bei 1 Enthaltung, dem Landratsbeschluss zuzustimmen.

20.09.2022 / gs

Justiz- und Sicherheitskommission

Jacqueline Wunderer, Präsidentin

Beilagen

- Entwurf Landratsbeschluss

Landratsbeschluss

betreffend Revision der Vereinbarung über die Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz (IPK): Beitritt des Parlaments des Kantons Jura

vom Datum wird durch die LKA eingesetzt.

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Revision der Vereinbarung über die Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz (IPK) wird gemäss Beilage beschlossen.
2. Ziffer 1 steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Parlamente der Kantone Aargau, Basel-Stadt, Bern, Jura und Solothurn.

Liestal, Datum wird durch die LKA eingesetzt.

Im Namen des Landrats

Die Präsidentin:

Die Landschreiberin: